

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Holtzschuhhandlung
Hollingen-Gärlich.
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

N. 40.

Donnerstag, 27. September

1883.

Preis zu den Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, dem Verleger wird, und die dortigen Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglich zu machen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die hiesige Redaktion im Hinblick auf die dortigen Verhältnisse die Besondere über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu sichern. Hauptbedingung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch die dortigen Verleger die Besondere über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu sichern. Hauptbedingung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegenkommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreisen von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1. 70 für Österreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kontingenz)

Instraße
Die Verlagsanstalt befindet sich in
25 GIs. — 20 Pf.

Einladung zum Abonnement.

„Der Sozialdemokrat“

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

erschien wöchentlich einmal in Zürich.
Auf dem Schweizer Kongress zum offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt, hat das Blatt eine Verbreitung gefunden, wie sie bei seiner Gründung kaum erhofft werden war. Auf dem Kongress zu Kopenhagen konnte deshalb die Möglichkeit nicht gegen das Blatt in durch dieses Verbot nicht verboten, sondern nur die Verbreitung, und in letzterer haben sich alle allseitig energische und aufopferungsvolle Bemühungen gemacht, um das Blatt in der Schweiz zu erhalten, welche bereits im Herbst 1882 in Zürich erschienen, um unsere gerechten Sache dienstbar zu sein — ebenso wie sie es auch vor dem Ausnahmegericht getan haben!
Obwohl man an den meisten Orten, wo der Sozialismus Boden gefunden, das Blatt eine durchaus befriedigende Abonnentenliste hat, so gibt es doch noch eine Reihe anderer, wo bedeutend mehr zu tun ist, um die Verbreitung zu vergrößern, wo das Organ noch gar keinen Eingang gefunden.
Es ist daher Pflicht jedes Genossen, für die weitere Verbreitung des Blattes unermüdet tätig zu sein und besonders dahin zu wirken, daß an solchen Orten endlich der Boden gewonnen wird und das Blatt in der ihm gebührenden Beachtung findet.
Nur die Genossen des Blattes sind die Genossen im Allgemeinen unerschrocken; jenseitig sind wir hier keine politischen Angaben über dieselben machen, sondern es müssen sich die Genossen, welche Klagen zu erfahren wünschen, an die bekannten Vertrauenspersonen in Deutschland wenden.
Das Abonnement beträgt pro Jahrgang in der Schweiz pro Exemplar und Quartal Fr. 4.30, die Ausgabe in Deutschland Fr. 3.00. Die Zahlung kann per Banküberweisung in Waplergeld und Wechseln oder per Postüberweisung geschehen. Für solche Einzelbestellungen kann folgende Adresse benutzt werden:
Leonhard Fauscher in Hollingen (Kanton Zürich).

Bei Bezug von zehn Exemplaren an wird das Blatt franco für Fr. 1.80 geliefert. Bezüglich größerer Bestellungen werden vorher brieflich genaue Mitteilungen gemacht und Verhältnisse angegeben. Für diesen Zweck ist sofortige Mitteilung höherer Brief-Adressen dieser unerlässlich.
Wohlan denn, Genossen und Freunde allerwärts, erhebt den Gemmut und Werbet für fortgesetzt andauernden Arbeit, zum andauernden Kampf, zum endlichen Siege!
Mit sozialdemokratischem Gruß!
Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

An den Schandpfahl!

Nachstehend bringen wir das samstägliche Urteil zur allgemeinen Kenntnis, auf Grund dessen unser Genosse Lehmann fünf Monate Gefängnis auszusitzen wird, die in ihm dann auch, Dank der vortrefflichen Einrichtungen der Wälburger Festhäuser, Landesgefängnisses, Anstalt genannt, den Keim zu seinem nur allzufrühen Tode legten.
Jeder erklärende Zusatz unsererseits zu dieser Musterleistung der Gerechtigkeitssphäre im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte würde den Eindruck nur abschwächen, den dieselbe auf jeden rechtlich denkenden Menschen — ob Sozialdemokrat oder nicht — hervorbringen muß.
Sie bedürfen in der That keines Kommentars, die „Judizien“, auf welche hin die glücklichen Bürger des zweiten deutschen Kaiserreichs ihre Freiheit beraubt werden können.
Den Männern aber, welche dieses Urteil gefällt, soll der gebührende Platz in unserem Verbrechenkalender nicht vorenthalten bleiben!
An den Schandpfahl mit ihnen und ihrem Erkenntnis!

„In der Strafsache gegen“

den Daniel Lehmann aus Pforzheim wegen Verbreitung sozialistischer Schriften hat die II. Strafkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe in der Sitzung vom 10. Dezember 1881, an welcher teilgenommen haben:

- 1. Hr. Landgerichtsdirektor Gerber,
- 2. Hr. Landgerichtsrath Martin,
- 3. „ „ Fieser,
- 4. „ „ Goldschmidt,
- 5. „ „ Loos

als Richter,
Hr. Staatsanwalt Arnold
als Beamter der Staatsanwaltschaft
Rechtspraktikant Thoma
als Gerichtsschreiber

für Recht erkannt:
Der Angeklagte Daniel Lehmann von Döbel, wohnhaft in Pforzheim, wird wegen Verbreitung verbotener sozialistischer Schriften im Sinne des Gesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit fünf Monaten Gefängnis bestraft und hat die Kosten der Hauptverhandlung zu tragen und ein Drittel der Untersuchungskosten.
Die weiteren Untersuchungskosten bleiben der Gr. Staatskasse zur Last.
Von Rechts Wegen.
Gründe:

Durch die eidlichen Angaben des Polizeikommissärs Häuser, des Gensdarmereiwachmeisters Guggenbühler und des Polizeiergeanten Stier ist die von dem Angeklagten Lehmann auch nicht in Abrede gezogene Thatsache festgestellt, daß in den Monaten August, Oktober und November 1880 eine ganze Masse von verbotenen sozialistischen Flugblättern und Zeitungen sowohl in der Stadt Pforzheim, als in den meisten Landorten des Amtsbezirks Pforzheim durch Auslegen auf den Straßen während der Nachtzeit verbreitet worden sind. Es sind dies insbesondere folgende Druckschriften: „Ungehefirt“, „An das deutsche Volk“, „Die revolutionäre Sozialdemokratie“, „Keine Schmarotzer mehr“, „Das Recht auf Revolution“, „Der Sozialdemokrat“, deren Verbreitung in den Nummern 232 des Jahrgangs 1879 und Nr. 99, 121, 160, 172 des Jahres 1880 des „Reichsanzeigers“ durch die zuständigen Behörden nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie öffentlich verboten war.
Da in Pforzheim, wie aus einer Reihe von Straffällen notorisch ist, auch durch die oben erwähnten Sicherheitsbediensteten bestätigt wird, unter der Fabrikbevölkerung zahlreiche Anhänger der sozialdemokratischen Theorie sich anhalten und dieselben auch eine festgelegte Organisation haben, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine derartige massen-

hafte Verbreitung verbotener Druckschriften, deren Verbreitung in größeren Quantitäten schon mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, auf eine förmliche Verbindung Mehrerer zur Beschaffung und Verbreitung solcher Druckschriften hinweist, und daß die Auslieferung nicht von Einzelnen, auf eigene Rechnung dem verbotenen Treiben ergebenden und in ihren Mitteln beschränkten, untergeordneten Persönlichkeiten, sondern von solchen ausgeht, welche nach Bildung, Lebensstellung, Personen- und Lokalverhältnissen vereingefahrt sind, sowohl den Bezug der verbotenen Druckschriften, als Zeit, Art und Ort der Verbreitung zu bestimmen und zu leiten.
Eine zur Leitung eines solchen Unternehmens vollkommen geeignete Persönlichkeit ist der Angeklagte Daniel Lehmann, gebürtig von Döbel (Württemberg), seit Jahren in Pforzheim ansässig. Er muß selbst heute zugehen und wird dies auch von den Jungen Häuser, Stier und Guggenbühler bestätigt, daß er offener Anhänger der Sozialdemokratie ist. Er ist vor Jahren häufig als sozialdemokratischer Agitator in Versammlungen aufgetreten, war Vorstandmitglied des sozialistischen Gewerkevereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgruppen in Pforzheim, welcher Verein nach Erscheinen des Sozialistengesetzes aufgelöst werden mußte. Dabei betrieb er bis vor kurzer Zeit eine Wirtschaft in Pforzheim, welche der Sammelplatz sowohl der einheimischen, als fremder zureisender Sozialdemokraten ist, und befand sich sonach trotz der Ueberwachung durch die Polizei in der Lage, sich von allen Seiten verbotene sozialistische Zeitschriften zu verschaffen und die Zeit und Ort und die geeigneten Persönlichkeiten zur Weiterverbreitung heranzufinden.
Nach allen diesen Umständen erklären die ein Eingangs genannten Polizeibediensteten mit Bestimmtheit, daß Lehmann, der auch durch Intelligenz und Energie bekannt ist, allgemein als das Haupt der Sozialistenpartei, soweit dieselbe der sogenannten Zürcherischen Richtung huldigt, angenommen wird.

Nach diesen in der heutigen Hauptverhandlung festgestellten persönlichen Verhältnissen des Angeklagten kann es sonach einem Zweifel nicht unterliegen, daß er ein Mann ist, dem die That, deren er angeklagt ist, zugetraut werden darf, da er in seiner Person und in den von ihm unterhaltenen Verbindungen und in seinem Gewerbe die Eigenschaften vereinigt, welche sowohl für den Bezug, als auch für die Verbreitung sozialistischer Schriften ihn als die geeignete Persönlichkeit in Pforzheim erscheinen lassen.
Diese allgemeinen Verdachtsgründe, so nahe dieselben auch den Verdacht legen, daß Lehmann das Haupt der Organisation ist, welche in Pforzheim und Umgebung die sozialistischen Zwecke auf jede Art, also auch durch Verbreitung sozialistischer Schriften zu fördern sucht, würden jedoch selbstverständlich zu seiner Verurteilung nicht hinreichen.
Die Hauptverhandlung hat aber auch noch eine Reihe von weiteren speziellen thatsächlichen Verdachtsgründen erbracht, welche bei dem Gerichtshof die Ueberzeugung hervorrief, daß er der Haupt Urheber der oben erwähnten Verbreitung sozialistischer Zeitschriften ist.
Ende November 1880 wurde in Pforzheim ein Sozialdemokrat Rößler'scher Richtung, Christian Mayer aus Dagersheim, verhaftet, der zuerst wegen Theilnahme an dem von dem Reichsgericht verfolgten Hochverratsprozeß angeklagt, von dieser Anschuldigung zwar losgesprochen wurde, zur Zeit aber noch wegen Verbreitung sozialistischer Schriften in Untersuchung steht und seiner Aburteilung entgegensteht.
Dieser Mayer hat kurze Zeit nach seiner Verhaftung den Polizeikommissär Häuser und später auch den Sergeanten Stier in's Gefängnis rufen lassen und hat denselben, wie sie heute eidlich versichern, Mittheilungen gemacht, welche den Angeklagten Lehmann schwer belasteten.

Nach den Angaben Häuser's theilte er diesem mit, daß Lehmann mit einem Präzeptor Eitle in Remenbürg, einer in der Nähe Pforzheims gelegenen württembergischen Stadt, in intimer Beziehung stehe, daß Lehmann vor einiger Zeit einen Brief nach Remenbürg mit einem Exemplar des in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“ geschickt habe, der aber postea postea aufgegeben, nicht abgeholt und wieder an Lehmann zurückgegangen sei. Auch sei dem Ehe. Mayer bekannt, daß Freunde, die zu Lehmann kommen, Schriften und Zeitungen mitbringen. Ferner habe er (Mayer) erfahren, daß Ende Oktober oder Mitte November die sogenannten Zürcher, d. h. die Sozialdemokraten Zürcher Richtung, in Pforzheim einen Schlag durch Verbreitung von sozialistischen Schriften planten.
Er (Mayer) sei an jenem Abend in die Lehmann'sche Wirtschaft gekommen und dort sei von einem Freund des Lehmann auch an ihn die Zumuthung zur Verbreitung sozialistischer Schriften gemacht worden, was er jedoch abgelehnt habe.
Dem Polizeiergeanten Stier theilte Mayer die intime Verbindung des Lehmann mit Präzeptor Eitle ebenfalls mit. Stier wurde daraufhin mit Vornahme einer Hausdurchsuchung nach sozialistischen Schriften bei Eitle beauftragt und fanden sich richtig auch eine größere Anzahl verbotener sozialistischer Schriften: „Die Arbeitermarxistische“, „Der arme Konrad“, „Herr Bastian Schulte von Delitzsch“, „Cotorum censura“, „Vorwärts“, Rößler's „Proletariatsliederbuch“, „Der Sozialdemokrat“ u. a. bei Eitle vor.
Eitle verweigerte zwar dem Stier gegenüber jede Auskunft darüber, woher er die Schriften bezogen habe, allein es ist von Lehmann selbst zugegeben, daß er mit Eitle, der inzwischen gestorben ist und eidlich nicht vernommen werden konnte, in ganz regelmäßigen Beziehungen stand.
Ferner hat Lehmann zugegeben, daß er ein Exemplar des „Sozialdemokrat“ in einem verschlossenen Paket im Herbst 1880 nach Remenbürg geschickt habe, daß dasselbe aber, weil es postea postea abgehandelt und von dem Adressaten nicht abgeholt wurde, wieder in seine Hände gelangt sei. Lehmann behauptet, daß ein Unbekannter ihm anonym 2 Mark für sozialistische Zwecke überreichte und dabei sich erkundigt habe, wo er den „Sozialdemokrat“ herbeibringen könne. Er habe ihm darauf unter dem verlangten Zeichen ein Exemplar des „Sozialdemokrat“ mit dem Bemerkten zugesandt, daß er daraus ersuchen könne, woher weitere Exemplare zu beziehen sind.

Schon diese letztere, von Lehmann zugestandene Absendung eines Exemplars würde genügen, den Lehmann gemäß § 19 des Sozialistengesetzes zu verurtheilen, da nach seiner Persönlichkeit und den oben geschilderten Umständen ebensowenig daran zu zweifeln ist, daß Lehmann das Verbot des „Sozialdemokrat“ gekannt hat, als daß er das fragliche Exemplar in der Absicht der Post übergab, dadurch nicht nur das abgesetzte Exemplar durch Vermittlung dessen, für den es bestimmt war, weiter zu verbreiten, sondern insbesondere auch für die Weiterverbreitung der periodischen Druckschrift „Der Sozialdemokrat“ zu sorgen.
(Vergleiche die Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, herausgegeben von den Mitgliedern der Reichsanwaltschaft, 3. Band, Seite 370 ff.)

Der Gerichtshof hat aber diesen nachgewiesenen Fall der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ auch als wesentlichen Indizium für die nach der Anklage weiter erfolgte Verbreitung verbotener Druckschriften durch Lehmann betrachtet und auf Grund dieses Indiziums in Verbindung mit den Angaben, welche Christian Mayer den Jungen Häuser und Stier gegenüber machte, und der Eingangs dargelegten allgemeinen Verdachtsgründe gegen Lehmann, den letzteren gemäß der Anklage wegen der, wie oben erwähnt, im August, Oktober und November 1880 verbreiteten verbotenen sozialistischen Druckschriften verurtheilt.

Christian Mayer, für dessen Vertheilung an dem dem Lehmann zur Last gelegten Vergehen keine thatsächlichen Anhaltspunkte hervortreten, und der deshalb heute beidigt wurde, stellt zwar seine dem Polizeikommissär Häuser und dem Sergeanten Stier gemachten Mittheilungen (Angaben) heute in Abrede und erklärt, dieselben beruhen auf Erfindung und Unwahrheit; da Mayer aber zugegebenemassen auch Sozialdemokrat ist, so wurde seinen heutigen Angaben kein Gewicht beigelegt, vielmehr die den Jungen Häuser und Stier gegenüber gemachten früheren Angaben für wahr gehalten, da dieselben durch das Zugeständnis Lehmann's über den Verkehr mit Eitle, über Absendung des Briefes nach Remenbürg und durch den Umstand, daß in jener Zeit, über welche Mayer Angaben macht, wirklich eine sehr große Zahl verbotener sozialistischer Schriften von der Zürcher Partei in Pforzheim und Umgebung verbreitet worden sind.

Darüber ist erwiesen (!), daß Lehmann, wenn nicht der Anführer, so doch eines der Haupt der sozialistischen Liga ist, welche in Pforzheim und Umgebung die Massenverbreitung verbotener sozialistischer Schriften im August, Oktober und November 1880 betriebener hat, und daß er, wenn er auch nicht alle die in Pforzheim und Umgebung des Amtsbezirks zu jener Zeit verbreiteten Druckschriften selbst herumgelegt hat, doch vorzugsweise einer Derjenigen ist, welche dieses Herumlegen durch dritte, als Werkzeuge der Anführer handhabende Personen veranlaßt hat. Unter dieser Voraussetzung ist er aber selbst als Verbreiter strafbar, obwohl die Miturheber und Gehilfen nicht ermittelt sind, da Jeder, der an der Verbreitung der verbotenen Druckschriften in Folge eines mit Andern getroffenen Komplotts sich betheiligte, beziehungsweise Dritte veranlaßt, solche Druckschriften herumzutragen, Miturheber der Verbreitung und nicht bloß Anführer der strafbaren That eines Andern ist, und die Uebergabe verbotener sozialistischer Druckschriften an Dritte zu dem Zwecke, daß diese dieselben weiter geben, gerade eine Verbreitung in dem Sinne des § 19 o enthält.
Daß Lehmann die Verbote der sämtlichen verbreiteten Druckschriften gekannt hat, hat er selbst nicht in Abrede gestellt und ist aus der Art der Verbreitung und der Persönlichkeit Lehmann's als unzweifelhaft anzunehmen.

Wie Rücksicht auf die große Zahl der verbreiteten Schriften und die sich aus der Art der Verbreitung ergebende besondere Thätigkeit des Angeklagten schien eine höhere Strafe verschuldet und wurde daher nach § 497 ff. Strafprozessordnung wie gesehen erkannt.
Die Kosten der Untersuchung, soweit sich dieselben auf stillere Mitangeklagte beziehen, mußten der Großherzoglichen Staatskasse zur Last bleiben.

Bezeichnet:

Gerber, Martin, Goldschmidt, Loos, Fieser.
Zur Beglaubigung:
Der Gerichtsschreiber:
Thoma.

Sozialreform.

Es ist seit dem Bestehen unserer Partei wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Sozialreform — das heißt die friedliche und gesetzgeberische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft — nur unter der Bedingung möglich ist, daß die herrschenden Klassen entweder freiwillig oder unter moralischem Druck sich auf den Boden des sozialdemokratischen Programms stellen und die ihnen jetzt als Schreckgespenst vorstehende soziale Revolution bewusst zum Ziel nehmen.

Wir haben aber auch, im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen der Geschichte und auf die Kurzsichtigkeit, welche die zeitgenössischen Regierungen und Vertreter der herrschenden Klassen bei jeder Gelegenheit zur Schau tragen, unsere Ueberzeugung dahin aussprechen müssen, daß die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen und gesetzgeberischen Lösung der sozialen Frage außerordentlich gering sei. Und unsere Delegirten auf dem Kopenhagener Kongress haben dieser Anschauung in einer einstimmig gefaßten Resolution Ausdruck gegeben und erklärt, daß sie den Regierungen und herrschenden Klassen weder den guten Willen noch die Fähigkeit zur Durchführung der Sozialreform zutrauen.

Jeder Tag bekräftigt uns mehr in unserer Auffassung, deren

Nichtigkeit zu beweisen unsere Gegner sich mit anerkenntwerther Offenheit bemühen. Die brutalen und zugleich kindischen Verfolgungen, denen unsere Partei in allen Staaten des europäischen Kontinents ausgesetzt ist — die lächerliche Angst vor jeder Kundgebung sozialistischer Prinzipien — das theils absichtliche, theils unabsichtliche Neben- und Scheibeschneiden, wenn man sich anschießt, irgend eine „sozialpolitische“ Maßregel zur Abhilfe oder Linderung eines sozialen Mißstandes in's Leben zu rufen — das Alles verräth auf Seiten unserer Gegner, oder sagen wir lieber der Regierungen und Vertreter der herrschenden Klassen einen so hohen Grad von bösem Willen oder Unfähigkeit oder Beidem zugleich (was wohl das Richtigerere), daß ein noch höherer Grad von Leichtgläubigkeit dazu gehören würde, die Versicherungen der Regierungen und herrschenden Klassen, sie beabsichtigten wirklich die Sozialreform, auch nur einen Augenblick ernst zu nehmen.

Die Frage des guten oder bösen Willens wollen wir für heute links liegen lassen. Wir wollen uns ferner nicht in Untersuchungen ergehen, ob es überhaupt psychologisch denkbar ist, daß die heutigen Machthaber soviel Vernunft und Selbstlosigkeit haben könnten, als zu dem Entschluß einer christlichen Sozialreform nötig wäre. Was wir wollen, ist, an einem alltäglich und vor Augen tretenden, jedoch in seiner Bedeutung nur selten gewürdigten Beispiel die absolute Unfähigkeit der Machthaber zur Lösung der einfachsten sozialen Probleme zu demonstrieren.

Wir meinen den Krieg, welchen die Gesellschaft gegen die Verbrecher führt: das sogenannte Kriminal- und Gefängniswesen.

In der „guten alten Zeit“ machte man mit den Verbrechern nicht viel Federlesens — man hängte oder köpfte den einen Theil, und den anderen sperrte man ein, ohne sich weiter um die Gefangenen zu kümmern, als daß man sie nicht verhungern ließ. Der Verbrecher war einfach der Feind, der auf die eine oder andere Weise unschädlich gemacht werden mußte. In unserem „humanen“ und „intelligenten“ Zeitalter wollte der Staat, wollten die Regierungen aber die Sache von einem „höheren Gesichtspunkte“ aus behandeln, und die Folge war, daß das Gefängniswesen einer vollständigen Revolution unterworfen ward.

Statt Käfige zur Einsperrung und Unschädlichmachung der wilden Thiere, hätten wir fast gesagt — der Verbrecher, sollten die Gefängnisse Besserungsanstalten werden. Indem der Staat den Gefangenen diese Aufgabe zuwies, begab er sich, ohne es zu merken, auf das Gebiet der sozialen Frage. Er mochte den Fuß hinschicken, wohin er wollte — überall die soziale Frage. Und doch sah er sie nicht! Und weil er sie nicht sah, mißglückte das Besserungsversuch.

Eine Umgestaltung des Gefängniswesens folgte auf die andere, mit den verschiedensten Häftsystemen wurde experimentirt — das Resultat blieb dasselbe. Die erstrebte Besserung wurde nicht erreicht und wird bis auf den heutigen Tag nicht erreicht. Nach wie vor fallen sich die Gefängnisse, nach wie vor sind die Gefangenen, statt Besserungsanstalten, nur Schulen des Verbrechens, nach wie vor werden, namentlich die Eigenthumsverbrechen, gewerbs- und geschäftsmäßig betrieben; nach wie vor besteht ein furchtbarer Prozentsatz sämmtlicher Gefangenen aus rückfälligen Verbrechern.

Trotz aller Revolutionen und Systemwechsel im Gefängniswesen ist der Staat von der Lösung des Problems, wie die Verbrecher zu bessern sind, eingeständenermaßen gerade soweit entfernt, wie vor 100 Jahren.

Und das ist nicht zum Verwundern. Denn das Problem an sich ist seiner Natur nach ebenso unlösbar wie das der Quadratur des Kreises. Dem Staat erging es gleich den Schauspielern in gewissen Lustspieljahren — er stolperte fortwährend über die Beine der sozialen Frage, aber — berührte sie nicht. Sonst hätte er begriffen, daß die Verbrecher nicht gebessert, aber die Verbrechen verhütet werden können und verhütet werden müssen.

Wir sagten: Der Verbrecher kann nicht gebessert werden. Selbstverständlich meinen wir: innerhalb der heutigen Gesellschaftsorganisation. Der Verbrecher, d. h. nicht der Beleg enheitsverbrecher, sondern der geschäftsmäßig verbrecher, stiehlt, raubt, betrügt, um sich zu ernähren — das Verbrechen ist sein Nahrungszweig, seine Erwerbsquelle. Wäre ihm die Möglichkeit ehrlichen und auskömmlichen Verdienstes geboten, er würde sicherlich nicht das mit sehr viel Unannehmlichkeiten verbundene und sehr wenig lohnende Verbrechergeschäft betreiben.

Wird ein solcher Verbrecher gefangen und empfängt er im Gefängnis die schönsten Predigten und Lehren — sobald er wieder frei ist, beginnt er wieder das alte Geschäft — und zwar aus denselben Gründen, warum er es überhaupt ergriffen hat: er muß leben. Und daran hat der Staat bis zur Stunde nicht gedacht. Wohl haben wir ein paar Privatgesellschaften, die für die Unterkunft entlassener Sträflinge sorgen wollen, jedoch aus Mangel an Mitteln und noch mehr aus Mangel an richtiger Sachkenntnis nichts leisten — der Staat hat sich um diese so einfache, handgreifliche Frage nicht bekümmert. Er „bessert“, „bessert“, „bessert“, und unter den Sträflingen, die seine Gefängnisse und Zuchthäuser füllen, befinden sich Jahr für Jahr mit erschreckender Regelmäßigkeit 25—30 Prozent Rückfällige!

Daß der Staat hier eine Arbeit verrichtet, so zwecklos und unsinnig, wie das Drehen von leerem Strohhalm, das fällt den erleuchteten Geistern nicht ein, welche heute an der Spitze des Staates stehen.

Furcht vor der sozialen Revolution ist es nicht, was die Machthaber gehindert hat, am Boden der Verbrecher- und Gefängnisfrage die soziale Frage zu entdecken. Es ist die Binde des Vorurtheils und der Beschränktheit, welche ihnen die vor den Augen liegt und die Fähigkeit nimmt, die soziale Reform zu erkennen, geschweige denn, sie durchzuführen.

„Warum es in England keine Sozialdemokraten gibt?“

Also betitelt sich ein Aufsatz, welchen ein christlich-sozialer Anonymus auf Grund der Ausführungen von L. Brentano und Gustav Colyn im Schmoller'schen Jahrbuch verfaßt hat und welcher jetzt durch einen Theil der reaktionären deutschen Presse die Runde macht.

Wir könnten nun zunächst uns gegen die Frage selbst wenden, die den Titel des Aufsatzes bildet, und sie einfach durch die Behauptung der Thatfachen über den Hosen werfen, daß es in England Sozialdemokraten gibt; — aber lassen wir das und gehen wir in die Entwicklung und Ausführungen des Verfassers ein.

Er beginnt damit, seine Frage von den verschiedenen Parteien beantwortet zu lassen.

„Warum es in England keine Sozialdemokraten gibt?“
„Weil England das klassische Land der freien Konkurrenz, des Gehens und Gesehens ist — wird die deutsche Hochschule sagen.“

„Weil in England zuerst unter allen Ländern der Grundgedanke der Gleichberechtigung aller Staatsbürger und der sozialistischen Assoziation zur praktischen Verwirklichung gekommen ist — wird vermuthlich die kontinentale Sozialdemokratie antworten.“

„Weil in England die unteren Klassen die Nothwendigkeit der höheren Begreifen und nicht schon im Prinzip die Regierung bekämpfen — werden die leicht konserervative Vertheiliger der bestehenden Ordnung, der bestehenden Gesellschaftsgliederung, erklären.“

„Weil das Volk Englands auch in seinen unteren Schichten dem christlichen Gedanken, von welchem die englische Sozialreform ausging, nicht prinzipiell feindlich gegenübersteht — ist vermuthlich die Ansicht streng kirchlich gesinnter Kreise.“

Nachdem der Verfasser so alle Parteien hat antworten lassen — die „kontinentale Sozialdemokratie“ antwortet beiläufig nicht, wie er vermuthet —, erklärt er, daß alle Recht und Unrecht haben, und verkündigt dann seine — natürlich unfehlbare — Weisheit:

„Alle (in diesen Antworten angeführten) Thatfachen sind richtig, ohne daß die daraus gezogenen Schlussfolgerungen ohne Weiteres zutreffen. Denn 1) bildet nicht das Prinzip der freien Konkurrenz, sondern die Bekämpfung desselben als eines unchristlichen den Ausgangspunkt der Sozialreform Englands und 2) bezog sich die proklamirte Gleichberechtigung, da auch jetzt noch die äußere Ungleichheit in der Verteilung des Besten nirgends größer ist als in England, niemals auf den Besitz an weltlichen Gütern; auch nicht durch staatlich organisierte, sondern durch freiwillige Assoziation unter prinzipieller Verwerfung aller Staatshilfe suchte die englische Sozialreform ihre Ideale zu erreichen. Endlich hat auch 3) weder das gegenwärtige befriedigende Verhältnis der Gesellschaftsklassen zu einander, noch 4) der spezifisch religiöse Ausgangspunkt der englischen Sozialreform verhindert, daß die große Masse der englischen Arbeiter noch jetzt, und jetzt wieder, politisch und kirchlich genau so liberal, ja radikal denkt, wie irgendwo auf dem Kontinent.“

„Und doch haben wir in dieser christlich-sozialen Bewegung Englands den nächsten Grund dafür, daß es dort gegenwärtig eine eigentliche Sozialdemokratie nicht gibt (wir sprechen von England, nicht auch von Irland) zu suchen.“

Und nun schildert uns der Verfasser in großen Farben, wie „bereits seit dem Schluß des vorigen Jahrhunderts (mit Verlaß, Herr Christlich-Sozialer, es war schon ein bißchen früher) der Großbetrieb die gewerbliche Ordnung aufzulösen begann“, wie „die Handwerker in verwilderte Proletarier verwandelt“ wurden und sich eine „Kluft zwischen Arm und Reich aufthat.“ Staat und Kirche traten auf Seiten der Reichen gegen die Armen, der Fabrikanten gegen die Arbeiter. Die schlimmsten Folgen blieben nicht aus.

„Die Arbeiter suchten ihr Heil in der Zerstörung der Maschinen und Zerschmetterung von Fabriken; als dies, wie die Gewalt bisher stets, nichts half, in der Bildung von Gewerkvereinen, und da auch dieses Mittel versagte, in der Lehre der Gütergemeinschaft. Die Arbeiter wurden, wie erst Jahrzehnte später in Deutschland, der großen Mehrheit nach Sozialdemokraten und bekamen sich zu den Christen.“

Diese christlich-soziale Geschichtsschreibung ist so wunderbar, daß sie uns vorzüglich auf das Wunder vorbereitet, das sich jetzt zuträgt.

Als Alles in Nacht und Verwirrung war — wie zur Zeit, wo dem in Sünden verkommenen Menschengeschlecht der Heiland geboren ward — „erhob sich völlig vereinzelt die Stimme des Theologen Frederic Donison Maurice als des ersten Vorkämpfers einer neuen Lehre, die von einem Keinen, aber entschlossenen Häuflein von Aposteln aller Berufsarten, namentlich Rechtsgelehrter, bald weit genug hinausgetragen werden sollte in das Vaterland Adam Smith's. Die Welt, so lehrten dieselben, ist von Gott geschaffen, die christliche Lehre ist von Gott offenbart, zwischen beiden, der christlichen Weltordnung und der christlichen Weltanschauung, kann somit kein Widerspruch stattfinden. Die Nothwendigkeit, die hieraus folgt, besteht darin, die Gesellschaft entsprechend der christlichen Lehre zu ordnen, die Grundsätze des Christenthums anzuwenden auf Ackerbau, Handel und Gewerbe. Diesen Grundsätzen steht die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, welche die Selbstsucht und die ihr entsprungene Konkurrenz für die oberste Triebfeder jedes gesunden Fortschritts erklärt, direkt entgegen. Die Bekämpfung dieser Selbstsucht, dieses Konkurrenzprinzips, bildet daher den Ausgangspunkt jeder vernünftigen Reform der Gesellschaft. Nicht durch Konkurrenz, sondern durch Zusammenwirken ist die Wirtschaft, ist die Gesellschaft zu reformiren, das Prinzip der Assoziation ist notwendiger Ausfluß des Christenthums selbst.“

„Die Forderungen, welche die sozialen Reformer an die einzelnen Gesellschaftsklassen zu stellen hatten, ergaben sich hiernach von selbst.“

Die sich von selbst ergebenden Forderungen — der Leser wird von seinem Erkennen, daß die Forderung des wunderthätigen Messias ihm trotz der überhörslichen Wunder desselben ein tiefes Geheimniß geblieben, sich hoffentlich genügend erholt haben, um das Folgende zu lesen — also: „die sich von selbst ergebenden Forderungen“ sind, daß „Freiheit, Gleich- und Brüderlichkeit“ eine durchaus berechnete „Devise“ ist. Aber „nur in der gleichen Möglichkeit Aller, ihre besonderen Gaben zu entfalten, besteht die wahre Gleichheit, nur in der Beherrschung der thierischen Instinkte, die im Menschen ruhen, besteht die wahre Freiheit, nur in dem gemeinsamen Empfinden und Wirken für das Allen gemeinschaftliche Gute, in der Regelung des Klassenverhältnisses auf brüderlicher Grundlage die Brüderlichkeit. Niemand ist Volkspolitiker mit bloßer Arbeiterpolitik identisch; die erstere besteht vielmehr in der Erfüllung der jeder Klasse gegen die andere obliegenden Verpflichtungen und für die arbeitende Klasse heißt sie: Einfachheit, Anspruchslosigkeit, Ehrlichkeit, Treue gegen die Kunden und gegen einander, Unterordnung des einzelnen Ichs unter das Ganze, Assoziation statt Konkurrenz.“

Und für die Klasse der Reichen heißt die „Volkspolitik“: daß sie die Arbeiter „wie ältere Brüder die jüngeren unterstützen und führen, nicht unterstützen in der Form der Gnade und mit dem ausgesprochenen Zwecke, die Armen in ihrer Lage als Arme zu erhalten, sondern mit der Absicht, fremde Hilfe künstig entschuldig zu machen, daß sie nicht mit falscher Bornehmtheit, sondern vertrauensvoll ihnen entgegenkommen, daß sie die soziale Führung übernehmen und durch täglich neue Verdienste beweisen sollen, daß sie in der That die erste Klasse des Landes und ihre Klassenansprüche berechnigt sind.“

Dies das weltberühmte (und die Arbeiterfrage lösende) Programm. Und nun die Ausführung. Es wurden Artikel in einem Londoner Blatt (und vermuthlich auch mehreren anderen) geschrieben. Es wurden Pro-

duktionsassoziationen gegründet. Es wurden Musterlogihäuser errichtet. Es wurden Predigten gehalten. Es wurde für die armen Näherinnen das öffentliche Mittel errichtet. Es wurde eine „Gesellschaft zur Förderung von Arbeiterassoziationen“ gegründet. Es wurde eine Zentralgenossenschaftsbank gestiftet. Und noch verschiedenes andere Erstaunliche wurde geleistet. Das Alles war aber nicht genug. Die Arbeiter mußten „gebildet“ werden. Die christlich-sozialen Wundermänner schufen das „Worlingmens College“ (Arbeiter-Hochschule), wo Unterrichtsstunden erteilt und von verschiedenen berühmten Professoren Vorträge gehalten wurden.

Jedoch — der christlich-soziale Anonymus hat wieder das Wort — „mit all' diesen Mitteln haben die christlichen Sozialisten Englands ihr nächstes praktisches Ziel, die Verwirklichung des Christenthums im Assoziationsprinzip nicht erreicht, ja sie sind demselben gegenwärtig ferner als je. Die Produktionsgenossenschaften sind bis auf verschwindende Ausnahmen zu Grunde gegangen, und die Konsumvereine blühen und gedeihen zwar, aber überbieten sich in jenem Kleinlichen, dem Konkurrenzkampf und Klassenegoismus entsprungenen Krämergeist, den sie selbst und ihre christlich-sozialistischen Förderer bei ihren Gegnern in erster Linie bekämpfen. Auch dem Christenthum, geschweige denn der Staatskirche ist die Arbeiterbevölkerung Englands innerlich kaum in höherem Grade zugeneigt, als früher.“

Aber eines haben unsere christlichen Sozialisten erreicht. Die ganze Haltung der oberen Klassen Englands gegenüber den Arbeitern hat sich geändert, sie haben in hohem Grade die Lehre der christlichen Sozialisten beherzigt, daß es ihre vornehmste Aufgabe sei, die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen. Und nicht als selbstthätige Agitatoren haben sie diese Führung übernommen, sondern als treue, oft warnende und zurechtweisende Freunde. In fast allen großen Arbeiterfreizeiten Englands haben sich aus ihren Kreisen Männer gefunden, die aller ihnen daraus erwachsenden Nachteile nicht achtend, für die Arbeiter eintraten, wo sie in ihrem guten Rechte waren. Das Worlingmens College besteht und entfaltet seine reiche Segenthätigkeit noch jetzt; auch die großartigen, dem materiellen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes dienenden sonstigen Anstalten, die alle der freien Initiative der höheren Stände entsprungen, sind zu bekann, als daß es ihrer Aufzählung und Beschreibung an dieser Stelle bedürfte.

„Und die englischen Arbeiter haben dies erkannt. Es gibt heute thatsächlich in England keine Chartisten mehr.“

Also das Praktische, was die christlich-sozialen Tausendfachen erstrebten, die Verwirklichung des Assoziationsprinzips u. s. w., ist ihnen mißglückt, aber das Hauptziel haben sie dennoch erreicht. Um so größer das Wunder.

„Es gibt keine Chartisten mehr in England.“

Das ist allerdings richtig. Schade nur, daß Leute, die — vermuthlich weil ihnen der rechte Glaube fehlt — keine Wunder bemerkt haben, der Meinung sind, die englischen Christlich-Sozialen seien hieran ebenso unschuldig, wie das Hauptstück der Fabel an der Fortbewegung des Wagens. Und das Wunderbarste an dem christlich-sozialen Wunder ist, daß die englischen Arbeiter, an denen das Wunder doch geübt worden ist, gar nichts davon verspürt haben. Es wird keine hundert englischen Arbeiter geben, die den Namen des Messias Maurice je gehört oder in den Mund genommen haben.

Um einmal aus dieser christlich-sozialen Wunderwelt in die wirkliche (sündhafte) Welt zurückzuführen, von der wir uns leider nicht zu trennen vermögen, sei kurz bemerkt:

Obgleich in England seitens der Pfaffen und überhaupt der oberen Klassen hundertmal mehr als in irgend einem anderen Lande geschehen ist, um die Arbeiter fromm und konservativ zu machen (unser Christlich-Sozialer hat freilich kolossal angeknipst), sind all' diese Versuche auf's Kläglichste gescheitert. Die englischen Arbeiter sind durch die Bank entweder bewußt atheïstisch oder religiös indifferent; und in der Politik radikal. „Revolutionär“ sind sie seit dem Erscheinen der (an ihrer eigenen Unklarheit und ihren inneren Widerprüchen gescheiterten) Chartistenbewegung bis auf den heutigen Tag als Klasse nicht gewesen, und zwar aus dem sehr einfachen Grund, weil der Staat ihnen nicht feindlich entgegentritt — wie das in Deutschland der Fall ist — und weil die Freiheit, deren sie genießen, ihnen die Hoffnung eingebläht hat, durch Ausübung des Assoziations- und Koalitionsrechtes in dem heutigen Staate das Arbeitsverhältnis und die Gesellschaft in ihrem (der Arbeiter) Sinn umgestalten zu können. Das ist eine Illusion.

Die Masse der englischen Arbeiter ist, trotz empfindlicher Lehren, noch nicht von ihr geheilt. Die Logik der Thatfachen wird aber, vermittelt noch empfindlicherer Lehren und Erfahrungen, die Heilung bewerkstelligen. Es sind schon tüchtige Kräfte für die Sozialdemokratie gewonnen. Die „Demokratische Föderation“ arbeitet tapfer am Propagandawerk. Kein Wunder der christlich-sozialen Wunderthäter wird verhindern können, daß eines schönen Tages die gesamte Arbeiterklasse Englands sich zur Sozialdemokratie bekann. Und wenn den englischen Arbeitern die Binde von den Augen gefallen ist, dann haben sie auch vermöge ihrer kolossalen, unvergleichlichen Gewerkschaftsorganisationen (die nicht „versagt“ haben) sofort die Macht zur Durchführung ihrer Ideen.

Am Tage, wo die englische Arbeiterklasse sich von der Nothwendigkeit des demokratischen Sozialismus überzeugt, gibt es in England nicht bloß Sozialdemokraten, dann gehört England der Sozialdemokratie!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. September 1883.

— Liberale Weisheit. Herr Georg v. Bunsen, Freund und Vertrauter des Kronprinzen und Führer der jesuitischen Liberalen, der es nicht verschmäht hat, die samose Kellamerei zu Ehren des Hrn. Billard und auf Kosten der „Northern Pacific Gesellschaft“ als „Frei-Ländler“, auf deutsch Freiherzer, mitzumachen, dieser Herr Bunsen ist bei seiner Anwesenheit in Chicago von einem Berichterstatter der dortigen „Times“ „interniert“ worden und ließ sich u. A. folgendermaßen über den Sozialismus aus:

„Der Sozialismus ist keine prominente“) Frage. Wir haben das allgemeine und freie Wahlrecht in Deutschland, welches Jedem gestattet, seinen Ansichten freien Ausdruck zu verleihen. Die Sozialisten haben auch hiervon Gebrauch gemacht und einige Vertreter erwählt. Ob der Sozialismus ab- oder zunimmt, kann ich Ihnen nicht sagen. Sie wissen, daß das Sozialistengesetz die Agitatoren in sehr wirksamer Weise angezogen hat. Sobald ein Redner in einer Versammlung über sozialistische Lehren spricht, nimmt ihn die Polizei sofort beim Kragen und sprengt die Versammlung. Damit bin ich nun eigentlich nicht einverstanden. Meine Ansicht ist die, daß der Sozialismus eine Krankheit ist, die auszurotten es nur zwei Mittel gibt:

1) Systematische Gesetzgebung, die alles Das beseitigt, was den Menschen verhindert, fortzukommen.

2) Die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den gebildeten und ungebildeten Klassen sollten zu engeren und brüderlicheren umgestaltet werden.

England und Amerika haben nichts vom Sozialismus zu befürchten. England hat ihn durch weise Gesetzgebung vor 35 Jahren vernichtet. Amerika bietet ihm nicht den geringsten Boden.“

*) hervorstechend, wichtig.

Parteigenossen! Vergißt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Wenn man dieses widerspruchsvolle Gefasel liest, jetzt der „Chicagoer Vorbote“ hinzu, so sollte man meinen, daß Dunsen ein beschränkter Schafkopf sei, und doch ist er einer der bedeutendsten Diplomaten Deutschlands.

Man stelle die folgenden Auszüge neben einander und vergleiche sie: „Wir haben das freie und allgemeine Wahlrecht, welches Jedem Lehren spricht, sagt ihn die Polizei beim Krug und hebt die Versammlung auf.“

Woher weiß denn der Herr, daß der Sozialismus keine prominente Frage ist? Für ihn, den wohlgenährten Bourgeois, ist er es freilich nicht. Gibt es wohl überhaupt eine prominente Frage als die Lebensfrage? ... Sie erscheint und sogar noch „prominenter“ als das Drei Idioten- oder Kaiser-Bildnis, oder die orientalische und ähuliche „Frage“.

Dann sagt der Knud von Weisheit, der Sozialismus sei eine Krankheit, die sich durch die oben bereits angeführten Mittel kurieren lasse. Wir verzeihen ihm diese Begriffsverwechslung. Die Krankheit, von der er spricht, heißt Armut! Der Sozialismus ist das Heilmittel gegen diese allgemeine und fürchterliche Seuche.

Wenn der Herr dann zum Schluß sagt, daß in Amerika kein Boden für den Sozialismus ist, so ist das von einem Menschen, der kaum eine Woche im Lande ist und sich während dieses Zeitraumes unter unsern Dächern herumgesehen hat, eine unerschämte und anmaßende Behauptung. Nachdem er oben das Vorhandensein einer gesellschaftlichen Krankheit, die wir Armut nennen, zugegeben, fragen wir ihn, ob diese Krankheit auch in Amerika existiert. Wenn hier Armut herrscht, dann ist auch das Heilmittel dagegen, der Sozialismus, berechtigt. Diese Berechtigung kann überhaupt nicht mehr, am wenigsten aber von einem „Greenhorn“, in Frage gezogen werden, denn der Sozialismus hat in dem amerikanischen Volke bereits tiefere Wurzeln geschlagen, als vielleicht in irgend einem anderen, trotz aller gegentheiligen Behauptungen! — Jenen Frei-Land-Gardisten möchten wir anrathen, über die Billard'sche Speise- und Weinarte, statt über Dinge zu sprechen, von denen sie einfach nichts verstehen.

Sehr dorb gegeben, aber sehr berechtigt. Wenn Herr von Dunsen das Glück haben sollte, seinen Dunsenfreund Frey noch einmal auf dem Thron zu sehen und alsdann eine maßgebende politische Rolle zu spielen, dann werden wir gespannt sein, zu erfahren, wie er es anfangt, in der Kera der kapitalistischen Niesenproduktion „alles zu beseitigen, was das Fortkommen der Menschen hindert“. Wenn das „Fortkommen“ nur nicht im Sinne des wegkommen zu verstehen ist!

— Das Fiasko der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine ist vollständig. Nicht genug, daß für die famose „Verbands-Invalidentasse“ die Karenzzeit von 2 auf 15 Jahr erhöht worden ist, haben die Mannen des Herrn Hirsch jetzt noch beschlossen, den nach diesem Beschluß (dem bekanntlich rückwirkende Kraft versichert ward) pensionsberechtigten „Invaliden“ ihre Pension bis auf Weiteres auf die Hälfte zu reduzieren. Abgesehen von dem Nachweis erbärmlicher Verwaltung, die durch ein solch willkürliches Experimentiren erbracht wird, liegt in diesem Verfahren auch ein Vertrauensbruch schimmiger Art, — ein Vertrauensbruch, der an das Strafgesetzbuch anstreift. Daß es mit der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereinsbewegung nun zu Ende geht, und daß der „Harmoniepostel“ auch in den ihm bisher wohlgeleiteten Arbeiterkreisen jeglichen Kredit verloren hat — das bedarf keiner besonderen Ermahnung. Die Hirsch-Dunker'schen Erfindungen waren Schwindel, und die Zeit des Krachs, die für jeden Schwindel kommt, ist jetzt für sie gekommen.

Nicht ganz so rasch vollzieht sich der Bankrott eines anderen Schwindels ähnlicher Art und ähnlichen Ursprungs: wir meinen die Schulze'schen Genossenschaften. Wie die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine die Arbeiter, so sollten die Schulze'schen Genossenschaften die Handwerker und kleinen Geschäftseigenen in das Garn der fortschrittlichen Bourgeoisie locken. Ueber die Einrichtungen und das Wesen dieser Genossenschaften brauchen wir uns nicht auszulassen, da unsere Leser zur Genüge unterrichtet sind. Bisher hieß es nun immer, trotz einzelner Krachsfälle es im Ganzen mit den Schulze'schen Genossenschaften vorzüglich, und dehnten dieselben sich immer mehr aus. Jetzt erfahren wir aber von Seiten der nächst Beteiligten selbst, daß dieß nicht der Fall ist, und daß „zwar die Zahl der Genossenschaften zunimmt, jedoch nicht die Zahl der Mitglieder“ — mit einem Wort, daß es mit den Schulze'schen Genossenschaften nicht mehr vorwärts geht. Die liberale Presse zerbricht sich den Kopf über diese „auffällige Erscheinung“. Nicht im geringsten auffällig. Das einzige Auffällige ist, daß die kleinen Geschäftseigenen und Handwerker nicht eher hinter den Schwindel gekommen sind.

— Was in Deutschland noch möglich ist. Die „Kreuzzeitung“, von der man allerdings viel gewohnt ist, bringt in ihrer Nummer vom 24. September im redaktionellen Theil folgende interessante Nachricht:

Merholz, 21. September. Heute verschied hier die erlauchte Gräfin Brauhilde zu Hsenburg und Bldingen nach 11/jährigem schweren Leiden im Alter von — was meinen unsere Leser? — von 10 Jahren und 9 Monaten. Die junge Gräfin war die dritte Tochter aus zweiter Ehe Sr. Erlaucht des Grafen zu Hsenburg und Bldingen mit dessen durchlauchtiger Gemahlin Agnes, geb. Prinzessin zu Hsenburg und Bldingen.

Und da gibt es noch Leute, die sich über die Chinesen lustig machen! In der That, wenn Deutschland nicht das Land ist, wo der Jopz „immer hinten“ hängt, so sind es nur die deutschen Arbeiter, welche das „Reich der Mitte“ Europas vor diesem Fluch bewahren. Sie allein sind frei von jener elenden Spießbürgerei, die uns überall entgegentritt, und die sich namentlich in der Presse aller bürgerlichen Parteien breit macht. Freut sich doch sogar die „republikanische“ „Frankfurter Zeitung“ anlässlich der Kaisermanöver über das gute Aussehen „unseres“ Kronprinzen.

Die Arbeiter Frankfurts aber haben durch Aufhissen der rothen Fahne zu Ehren der Ader Freiheitskämpfer gezeigt, daß sie ihrer Aufgabe sich bewußt sind.

— Wen geht's an? ... Sie bekennen sich zu dem Grundsatz: Wo mir's wohl geht, ist mein Vaterland, sind fremd jedem nationalen Gedanken: international. Sie ... hängen vielfach nicht mehr am Glauben ihrer Väter.“ Also zu lesen in Nr. 37 des „Christlich-sozialen Korrespondenzblattes“ in einem Artikel über „Sozialdemokratie und Juden“.

Es ist nötig, das hinzuzufügen, sonst sollte man meinen, es wären die Vertreter des Gottesgnadentums gemeint, etwa die Koburg-Gothaer, die in allen möglichen Ländern gegen gute Bezahlung Landesvater spielen, oder die Hohenzollern, die in Rumänien gute griechisch-katholische, irgendwoanders, wie etwa in Spanien, römisch-katholische, Gläubige werden, wenn's nur einen Thron, und sei er noch so klein, einbringt.

— Ein charakteristischer Rothscheil. Folgende Notiz durchläuft gegenwärtig die deutsche Presse:

„In dem „Ober-schlesischen Anzeiger“ hat ein genauer Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse, Geh. Rath v. Seidow auf Rabnik, einen Artikel veröffentlicht, in dem er ausführt, daß in Oberschlesien mit wenigen Ausnahmen Alles nicht, ja ganze Gemeinden fast ausschließlich vom Diebstahl leben und Helfer zu Tausenden bereit sind, das Bestohlene anzukaufen. Nicht der tausendste Theil der verübten Diebstähle, behauptet

v. Seidow, komme zur amtlichen Anzeige und mit Vorsicht werde der Sonn- und Feiertag zum Feld-, Garten- und Forstdiebstahl benutzt. Er erklärt diese soziale Katastrophe aus der mangelhaften Jugendberichterstattung, welcher die Grundfrage der Wahrheitsliebe und des gesunden Menschenverstandes fehle. „Die Allermehrsten halten den unerlaubten kleinen Diebstahl gar nicht für Diebstahl. Kinder bestehen ihre Eltern; Eltern, die ihre Söhne zu Lehrern erziehen, bestehen ihre Herrschaft; Bauern fahren mit Wagen zum Getreide- oder Holzdiebstahl aus; Heuer, Maurer, Zimmerleute sehen es für ihr Recht an, etwas Verwerthbares von der Arbeitsstelle mitzunehmen, selbst das Gemeinbeamt hielt schon hier und da nicht von Diebstahl ab.“ Gegenüber Zweifel an der Richtigkeit dieser Schilderung, die man für übertrieben zu halten geneigt ist, tritt der Verfasser mit seinem Namen für die Wahrheit seiner Darstellungen ein.

Ueber diesen Schmerzensschrei sind sich zunächst die Liberalen und Ultramontanen in die Hände gerathen, indem die Ersteren sofort ausriefen: Da steht die Frucht der Herrschaft des Ultramontanismus! und die Letzteren die Richtigkeit der Behauptungen des Herrn von Seidow bestritten. Unseres Wissens nach hat der Herr von Seidow nicht gekümmert; die Oberschlesier haben in der That keinen großen Respekt vor der Heiligkeit des Eigenthums. Wie sollten sie auch dazu kommen, wenn sie darüber nachdenken, wie das Eigenthum der Ragnaten, deren Schwestern sich erfreut, entstanden ist und noch entsteht? Sie sehen, wie im Großen gestohlen wird, und machen es nun im Kleinen nach.

Was speziell den Holz- u. Diebstahl anbetrifft, so ist beim Volke eben, und mit Recht, die Ansicht gäng und gäbe, daß der Wald der Allgemeinheit gehöre und Niemand Anderem.

— Auch ein Beitrag zur Frauenfrage. In Dresden erscheint seit einiger Zeit eine Wochenschrift „Für's Haus“, herausgegeben von Clara von Studnitz — vermuthlich die Gattin des berühmten Sozialpolitikers Arthur von Studnitz. In einem Reklameprospekt dieser Zeitschrift finden wir unter der Rubrik „Für den Erwerb“ folgenden niedlichen Beitrag zur Frauenfrage:

„Comptoiristinnen. (An A. S. in N.) Sie wünschen eine Anstellung in einem größeren kaufmännischen Geschäft und fragen, ob Ihre Kenntnisse Sie hierzu befähigen würden. Ich glaube, das Letztere nach Ihren Mittheilungen bejahen zu dürfen, mache Sie jedoch darauf aufmerksam, daß in keinem Berufe das Angebot von Stellensuchenden ein so großes ist, wie in kaufmännischen. Immerhin werden in gewissen Geschäften im Comptoir Frauen den Herren vorgezogen, weil Comptoiristinnen in der Regel Männer an Pünktlichkeit und Ordnung nicht nachsehen und geringeren Gehalt beanspruchen. Sollte Ihnen eine Stelle mit auch nur 600 Mark jährlichen Gehalt angeboten werden, so nehmen Sie diese getroßt an. Es ist der erste Schritt für künftige bessere Stellungen.“

Schamloser kann man wohl für das System der Unterbietung der männlichen Arbeit durch Frauenarbeit nicht eintreten, und das in einer Zeit, wo Tausende und Abertausende stellenlos, Comptoiristen beschäftigungslos umherlungern. Der lebenswichtige Rathgeber bezieht sich dabei noch selbst als „ein Buchhalter“. Ob er wohl seine Weisheit aus der schönen „Sozialkorrespondenz“ geschöpft hat?

Natürlich findet „Für's Haus“ den Beifall der gesammten deutschen Presse. Es ist ja ein Organ, welches die „Weiblichkeit“ seiner Leserinnen bewahren will und dort eine Stütze sucht, wo an dem Roden ernst spianit die Maid“. Schade nur, daß die spinneartige Maid schwerlich die Mittel hat, das vortreffliche Blatt zu abonniren. Frau von Studnitz frage nur ihren Mann nach dem Einkommen der Arbeiterinnen in den Spinnereien.

— Schamlose Förderung der Agrarinteressen. Nachdem Bismarck kürzlich erst durch die herabgesetzte Spiritusklausel im spanischen Handelsvertrag sich und seinen Schnapabnehmenden Kollegen in den Ostprovinzen namhafte persönliche Vortheile gesichert hat, benutzt er seine Stellung weiter, um der Agrarierthum noch größere Vortheile zu verschaffen. Laut einer Verordnung des Eisenbahnministers Rai-bach sind für den Spiritustransport auf den Bahnen aus den Ostprovinzen nach Hamburg sehr billige Ausnahmetarife in Kraft getreten, eine Maßregel, welche die Spiritusfabrikation aus Kartoffeln und Getreide in noch höherem Grade als bisher fördern muß und die deutsche Jahntriebwerkfabrikation für den Bezug von Lebensmitteln immer mehr vom Auslande abhängig macht. Andererseits muß dann die nothwendig gewordene Mehrernte von Lebensmitteln herhalten, das Getreide der Agrarier nach höheren Preisen auf Korn, Weizen, Fleisch u. zu recht fertigen.

Das ist die Zwischmühle, in die das deutsche Volk unter dem Feldgeschrei: „Schutz der nationalen Arbeit“ genommen wird. Die Lebensmittel werden im Interesse einer Klasse reicher Grundbesitzer stetig verteuert und die unglückseligen Löhnerhöhungen bleiben aus oder der Lohn geht gar rückwärts. Es geht nichts über eine schöne Pyraße, auf die stets eine große Zahl Dummer hereinfällt.

Die „Provinzial-Korrespondenz“, das hochoffizielle Organ des Herrn von Postfamer kündigt den Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes an, sie thut endlich, was wir längst erwartet haben. Da das nächste Mal das Zentrum zu dreiviertel seines Bestandes für die Verlängerung stimmen wird, so ist eine Majorität für den Antrag im Reichstag gesichert.

Das Zentrum will sich dem Fürsten Bismarck dankbar erzeigen, es kommt schließlich unter Führung des Herrn Windthorst dort an, wo dessen Landsmann Bennigsen die National-Liberalen hinführt.

Die Sozialdemokratie ist der Fels, an dem schließlich alle Parteien zerbrechen.

— Heilig ist das Eigenthum. Die Stadt Wien schenkte im Jahre 1683 dem Polenkönig Sobieski einen prachtvollen Siegeswagen, der 3000 Dukaten gekostet haben soll. Etwas sechzig Jahre später besah sich dieses Wertschätz auf einem der weiblichen Nachkommen des Königs gebliebenem Gute in Oberschlesien. Dort nahm es der preussische Generollieutenant Henning Alexander von Kleist während des ersten schlesischen Krieges 1742 als Beute „in Beschlag“ (das heißt, es wurde gestohlen), und schickte es mit Erlaubnis des Königs Friedrich II. nach Pommern, wo es zu einer Kanzel für die Dorfkirche in Radday bei Renthlin verarbeitet wurde, da man sich wahrscheinlich mit dem Herrgott wegen des Massenmordes ausöhnen zu müssen glaubte. Die Diener Gottes nahmen natürlich das Bestohlene als Geschenk an und predigten noch heute von dem sündigen der zehn Gebote und von einem glücklichen Jen-seits von dieser „historischen“ Kanzel.

— Lahme Justiz. In Glogau (Schlesien) spielt jetzt ein großer „Brüderprozess“ gegen vier Brüder, Namens Förster (2 Brüder), Lepel und Triebel. Diese guten Leuten hatten — das Beispiel anderer Ehrenerblicher, darunter hohe und höchste Herrschaften, befolgend — in der Bräutigamszeit ihr Schätzchen ins Tockne zu bringen gesucht, und es glücklich fertig gebracht, die Taschen des Publikums um das begehrende Stämmchen von etlichen 20 Millionen Mark zu erleichtern. Wenn es arme Teufel gewesen wären, die ein paar Mark gestohlen hätten, so würde die Justiz sie schnell am Kragen gehabt haben — so hat es 10 — wir schreiben zehn ganze Jahre gebauert, ehe die Dame Justiz hat begreifen können, daß, wer etliche 20 Millionen stiehlt, auch ein Spigbube ist. Besagter Millionen-Diebstahl wurde nämlich im Jahre 1873 verübt. In der That, die Justiz scheint am Hirn und an den Weinen recht sahm zu sein.

— Aus Sachsen. Die Nothwendigkeit, Material für die Begründung des dem Reichstag in seiner nächsten Session vorzuliegenden Geset-

entwurfes über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu beschaffen, legt unserer sächsischen Polizei ähnliche Verpflichtungen auf, wie die periodische Nothwendigkeit, die Verlängerung des „Kleinen“ über Leipzig und Umgebung zu begründen. Ja, noch größere, fatalen es sich jetzt um Sein oder Nichtsein für das Polizeiwahl- und Spitzelregiment handelt. Nicht als ob ich sagen wollte, daß mit dem Fall des Sozialistengesetzes das Polizeiregiment in Deutschland zu Ende gehen würde. Bewahre. Ich weiß sehr wohl, daß die Polizei auch außerhalb des Gebiets, welches ihr durch das Sozialistengesetz eingeräumt wird, im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte noch sehr viel Spielraum hat. Was hat z. B. nicht die neueste Gewerbeordnung u. o. e. l. l. e zur Ausbildung des Polizeiknats getan! Indes, wie dem sei, das Sozialistengesetz hat der Polizei einen Tummelplatz gegeben, wie sie ihn vorher niemals gehabt, selbst in den Zeiten der schwarzen Reaktion — und diesen Tummelplatz will sie nicht verlieren. Es gilt also ihre Unentbehrlichkeit und die Nothwendigkeit des Sozialistengesetzes nachzuweisen; und da muß denn Material herbei. Und die edlen Brüder von der Hermandad (das heißt ja auf deutsch: Bruderschaft) geben sich seit einiger Zeit weiblich Mühe. Namentlich im lieben Leipzig, wo auch der Belagerungsstand zu konserviren ist, sucht sie im Schweiße ihres Angesichts nach „Material“ — sucht, sucht, sucht — und findet —. Je nun, wenn sie es nur selber wüßte, die liebe Polizei. — An anderen Orten wird die Polizei das gleiche wohlverdiente Belohnung versprochen und es ist gut, wenn die Genossen demselben überall in möglichst geiziger, netter Weise entgegenkommen.

Die Landtagswahlen betreffend habe ich noch zu bemerken, daß für das Parteienverhältniß im Landtag die Vermehrung der konservativen Mandate ganz gleichgültig ist — die Konservativen hatten bereits früher die Majorität, und da die Liberalen in allen wichtigen Fragen, d. h. in allen Fragen, welche die Regierung als wichtig betrachtet, mit den Konservativen für die Regierung zu stimmen pflegen, so wird die Regierung in der bevorstehenden Landtagssession über genau so viel Stimmen verfügen, wie in der vorigen und vorletzten — nämlich über sämmtliche, mit Ausnahme der vier sozialdemokratischen.

Was unsere Partei anbelangt, so thun die Gegner, als seien sie sehr vergnügt, daß wir auf dem alten Stand geblieben sind und „folglich keine Fortschritte gemacht“ hätten. Das ist aber eitel Plunkerei. Vergnügt sind die Gegner allerdings, daß wir ihnen nicht verschiedene Mandate entzissen — diese vergnügte Stimmung verräth uns, welche Angst sie ausgehanden — allein, daß wir keine Fortschritte gemacht hätten, das zu glauben, sind die Herren doch nicht ganz dumm genug. Ein vergleichender Blick auf die Stimmenzahlen der früheren Landtagswahlen und der letzten zeigt, daß wir diesmal im Ganzen bedeutend mehr Stimmen bekommen haben, als bei den Wahlen von 1881 und 1879 — den einzigen, an welchen sich die Gesamtpartei betheiligt hat. Das Vorgehen der Stollberg-Lugauer Genossen im Jahre 1877, welches erst zur Wahl Liebknecht's, und hernach, da diese für ungültig erklärt ward, zu der Wahl Freitag's führte, war ein vereinzelter und aus der Initiative der Stollberg-Lugauer (und benachbarten) Genossen entspringen, die durch ihren Sieg der Partei die vorher ziemlich allgemein bezweifelte Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Betheiligung an den sächsischen Landtagswahlen ad hominem demonstrieren. Ich bin augenblicklich nicht in der Lage, die vollständigen Listen der bei den drei letzten Landtagswahlen sozialdemokratisch abgegebenen Stimmen mitzutheilen, so viel steht aber fest, daß die Vermehrung eine sehr bedeutende ist. Die Gegner haben das Wachsen des sozialdemokratischen Einflusses auf das Wahleresultat auch thatsächlich anerkannt, indem sie in denjenigen Kreisen, wo sie die Sozialdemokraten stark wissen, sich alle gegen uns zu verbinden suchten, und in den meisten auch wirklich verbunden haben.

Daß in Chemnitz das Wahleresultat für uns so viel günstiger war, als in anderen Orten des Erzgebirges, wo unsere Partei eben so zahlreich vertreten ist: z. B. in Grimmitzschau, Werdau, Meerane u. — das hat seinen Grund in dem Zensus. Nur wer mindestens 3 Mark (ohne Zuschlag) an direkten Steuern bezahlt, kann — vorausgesetzt, daß er den sonstigen Bedingungen entspricht — für den Landtag wählen. Nun sind aber die Löhnerverhältnisse in den Weberbezirken des Erzgebirges so erbärmliche, daß die größere Hälfte unserer Genossen die 3 Mark nicht bezahlt, während in Chemnitz momentan bessere Arbeitsverhältnisse herrschen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß, wenn wir nicht — des hohen Wählerarbeit-Zensus halber (30 Mark direkte Steuern) — eine große Kandidatenliste gehabt und nicht noch im letzten Moment in dieser Beziehung unerwartete Schwierigkeiten gehabt hätten, mindestens drei Mandate uns sicher gewesen, und — was schon vorige Woche gesagt ward — Stollberg nicht verloren gegangen wäre. Es ist aber Thatfache, bei den sächsischen Landtagswahlen macht uns der Zensus der Wähler weniger Kopfschmerz als der Zensus der zu Wählenden.

— Serbien. Das Resultat der Wahlen für die Slupschina ist ein überaus günstiges für die Sache der Demokratie. Trotz der brutalsten Verfolgungen, trotz Verhaftungen u. c. hat die radikale Opposition die überwiegende Mehrheit unter den gewählten Abgeordneten, so daß, trotz des Rechtes der Ernennung eines Drittels der Mitglieder der Slupschina die Regierung Milans keine Majorität zusammenbringen wird.

- „Diese Resultate“, schreibt ein Serbe in der Pariser „Justice“, „sind in mehrfacher Hinsicht beachtenswert:“
- 1) Sie zeigen vor Allem, wie mißbeliebig die Regierung Milans I. geworden ist — 94 Stimmen;
 - 2) sie lassen uns die wahren Bestimmungen des serbischen Volkes erkennen — 79 Stimmen;
 - 3) sie sind gegen die deutsch-österreichische Politik gerichtet — 36 Stimmen, d. h. nur 36 Stimmen dafür;
 - 4) sie sind für die russische Politik unglücklich — nur 15 Stimmen dafür.“

Man muß sich daher auf die allergrößten Verwicklungen gefaßt machen: das Ministerium wird mit Sicherheit schon nach der ersten Sitzung gestürzt werden. Die Monarchie selbst ist kompromittirt und man hat keine Veranlassung anzunehmen, daß Milans I. es verstehen wird, einer Situation Herr zu werden, die er seit 5 Jahren immer mehr verschlimmert hat, gerade als ob er es darauf abgesehen hätte.“

— Amerika. In Pittsburg (Pennsylvanien) findet am 14. Okt. ein Kongreß der Sozialisten Nordamerikas statt. Derselbe ist einberufen von mehreren aus der sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerikas theils ausgetretenen theils ausgeschlossenen Mitgliedschaften, denen sich mehrere anarchische und sozialrevolutionäre Vereine angeschlossen haben. Es soll eine Organisation dieser verschiedenen Gruppen auf föderalistischer Basis und unter Anerkennung der vollen Autonomie jeder Gruppe herstellten. Da alle sozialistische Organisationen Zutritt haben, so wird es an lebhaften Auseinandersetzungen wohl nicht fehlen.

Da wir uns grundsätzlich in die Zwischigkeit der Sozialisten Amerika's nicht einmischen, so senden wir denjenigen Theilnehmern des Kongresses, welche zu der deutschen Sozialdemokratie im befreundeten Verhältniß stehen, unsern brüderlichen Gruß!

In New-York lagte Mitte August eine Kommission des Bundes-Senats der Vereinigten Staaten, bzw. eine Abtheilung dieser Kommission, zur Untersuchung der Arbeiterfrage. Jebermann, der sich als Sachverständiger anmeldet, Delegirte von Arbeitervereinen, Schriftsteller, Gelehrte u. werden zur Auskunftserteilung zugelassen bezw. zum Verhör, denn die Kommissionsmitglieder stellen nicht bloß bestimmte Fragen, sondern lassen sich auch auf detaillierte Erörterungen ein. Die Sitzungen sind natürlich öffentlich.

Die uns bis jetzt zugegangenen Berichte — die „New-Yorker Volkszeitung“ schenkt den Sitzungen ihre volle Aufmerksamkeit — befähigen vollkommen die von Gen. A. Jonas in seinem Bericht an den Kopenhagener Kongress festgestellte Thatsache, daß der sozialistische Gedanke in der amerikanischen Arbeiterbewegung ganz außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Die Arbeiter, welche bis jetzt vor der Kommission erschienen sind, haben fast durch die Bank in mehr oder minder entschiedener Weise den sozialistischen Standpunkt vertreten. Einzelne mit bemerkenswerthem Geschick und seltener Klarheit. Auch Henry George der bekannte Verfasser von „Progress and Poverty“ (Fortschritt und Vermuth) gab vor der Kommission sein Gutachten ab, welches darauf hinausläuft, daß mit der Rationalisirung des Grund und Bodens Glück und Segen wieder Einkehr halten würde. Unsere amerikanischen Bruderorgane weisen mit Recht die Halbheit dieser Auffassung nach.

Korrespondenzen.

— Köln, Mitte September. Erbanliches aus dem Pfaffen- und Militärstaat. Vor einigen Wochen erhielt ich aus dem Dorfe Niehl bei Köln folgende Zuschrift zur Veröffentlichung im „Sozialdemokrat“: „Ein netter, „Diener des Herrn“ ist unser Vikarius Ludwig Linden. Dieser Prediger der christlichen Tugend und Entschlossenheit benötigte vor einiger Zeit ein Schulkind, Namens Brillen, und gab später dem Vater des Kindes 13 Thlr. für sein Schweigen. Nach der Ueberlieferung war dem Vikar Linden die Vertretung von Geldern und Bekleidungsgegenständen anvertraut worden, was denselben in die Lage versetzte, seine Sympathie für junge Wittwen zu betheiligen. So erhielt er dieselben, die Wittve Schorn, bei dieser Gelegenheit vier Taler und Geld, wogegen Familienväter mit vier bis sechs halbnackten Kindern nichts erhielten. Von der Zeit besuchte der Herr Vikar die Wittwen fleißig Nachts, und so kam es, daß eine seiner Freundinnen, die Wittve Hundeburg, eines schönen Tages sich Mutter küßte. Die Patenschaft soll jetzt einem gewissen Schimmelmann, einem Schulmeister, der wegen Schulden flüchtig ist, an die Rockschöße geknüpft werden. Das Dienstmädchen des Herrn Vikars entließ denselben und erzählte den Leuten, sie könne es nicht anhalten, weil der Herr Vikar die Finger nicht bei sich halten könne. Das Mädchen ist 17 Jahre alt und heißt Gertrud Kluth. Auch geht der Herr viel baden, und zwar an einem viel begangenen Fahrwege, wo er sich ganz nackt auszieht und, unbekümmert um die Kinder, oder die des Weges kommenden Leute dem Rheine zuschreit. Der Pastor Wolff erklärte der Gemeinde auf der Kanzel, auf seine Anzeige an das General-Bisariat sei der Herr Vikar wegen einem großen Verbrechen gegen die Sittlichkeit zehn Tage nach Holland in die Strafanstalt“) geschickt worden, dieß sei schon das zweite Mal. Karten und Regeln ist Hauptvergnügen des Vikars, bei seinen Predigten aber gedenkt er immer der Entfittlichung der Jugend und Schlechtigkeit der Menschen. In der Nähe der Kirche ist ein Wirtschaftshaus, welches er von der Kanzel herab die Teufelskugel nennt und Jeden verflucht, der dieselbe besucht, — wenn nämlich der Wirth nicht Alles glaubt, was der Vikar sagt.“

Somit diese Zuschrift. Jetzt erfahre ich noch Folgendes: Als der saubere Vikar aus Holland zurückkehrte, war sein erster Gang zu der Wittve Hundeburg. Vier Frauen hatten dies gemerkt und hielten Wache bis der Herr Seelsorger gegen halb 12 Uhr herankam. Alsdann traten ihm die Frauen in den Weg und sagten: Herr Vikar, so ist es also doch wahr, was die Leute sagen — sie konnten aber nicht weiter zu ihm reden, denn er machte sich so schnell als er nur konnte, aus dem Stube. Er zog es nunmehr vor, zu verreisen und schrieb an seinen Vorgesetzten, den Pfarrer Wolff, einen Brief, worin er meldete, daß er vom Erzbischof auf längere Zeit beurlaubt sei, jedoch erhebe er auf sein volles Gehalt Anspruch. Der Pfarrer jedoch las den Brief von der Kanzel herab der Gemeinde vor, und erklärte, daß es eine Lüge sei, was in dem Briefe stünde. Denn wenn der Erzbischof den Vikar beurlaubt hätte, so wäre die Meldung doch zunächst an ihn (den Pfarrer) gekommen. Auf Gehalt könne der Vikar keinen Anspruch machen und er stelle somit das Gehalt der Gemeinde zur Verfügung. Sie können sich denken, wie erbaut die ehrsame Christenheit von diesem „unliebsamen Vorfalle“ ist.

Nun aber eine Geschichte mit etwas weniger „verfälschtem“ Ausgang: Vorigen Freitag passirte hier im Sicherheitsbath am Thürwägen ein „Mugil“. Es ertranken bei dieser Schwimprobe fünf Soldaten von der 11. Compagnie des 85. Regiments. In diesem Hafen, welcher fast gar nicht mehr für Schiffe gebraucht wird und seit Jahren nicht mehr angelegert wurde, ist über haupt das Schwimmen verboten. Der Hauptmann der betr. Compagnie, Meining, brütet aber immer die waghalsigsten Pläne aus, und so hatte er denn denjenigen, die tüchtige Freischwimmer waren, zugemutet, sie sollten sich vorstellen, sie seien auf der Flucht und müßten, um sich zu retten, einen Fluß oder dergl. überkreuzen, und sie sollten nun hier die Probe machen und mit der Ueberwindung und den langen Stiefeln durchschwimmen. Wenn er sie mit demselben Jammer an den offenen Rhein gestellt hätte, wären vielleicht Alle hinüber geschwommen, ohne zu ertrinken. Aber durch ein ganz klüßelndes Wasser voller Schlamm zu schwimmen, da hört alle Vernunft auf. Die Sache wurde soviel wie möglich beschleunigt, die Zeitungen verbreiteten sie ganz und gar, kurz das Volk wurde belogen. Die Verunglückten waren ein Unteroffizier und vier Gemeine, welche am Montag beerdigt wurden. Die Leute dienten im letzten Jahre und waren 14 Tage später in die Heimath entlassen worden. Das Begräbniß fand unter großer Theilnahme des Militärs und von mindestens 10,000 Personen aus dem Bürgerthum statt, natürlich fehlten die Pfaffen beiderlei Sorte nicht. Am Grabe hielt auch der katholische Kaplan eine ziemlich aufreizende Rede, er konnte froh sein, daß er nicht Sozialdemokrat war, sonst wäre er sofort abgeführt worden. Der protestantische Garnisonprediger aber hielt als Soldat eine echt preussische Leichenrede, indem er sich selbst als Kamerad hinstellte.

Vor zwei Jahren hat der oben erwähnte Hauptmann einen ähnlichen Streich begangen, indem er seine Leute aufforderte, einen heißen Ball zu erhitzen, wobei einer derselben rückwärts fiel, das Rückgrat brach und daran starb. Dieser Hauptmann ist sehr reich und grenzenlos ehrgeizig, und bei unseren herrlichen Einrichtungen müssen sich die Söhne des Volkes dazu hergeben, solchen Ehrgeizigen ihr Leben als Staffei zum „Ruhme“ preiszugeben. Robes vom Rhein.

— Freiburg in Baden, Ende September. In unserem Musterlande fanden Mitte September die Wahlen zum Landtage statt. Die Wähler haben nur die Wahlmänner zu wählen, welche dann aus ihrer Mitte die Abgeordneten bestimmen. Die Arbeiter hielten sich deshalb fern vom Wahlkampf, welcher nur die beiden herrschenden Parteien interessirt. Unsere Nationalliberalen ahnten wohl ihre Niederlage, daher ließen sie unter dem Schutz der Regierung einen jämmerlichen Wahlaufsatz von Stapel. „Nur liberale Fürsten, Staatsmänner und Volksvertreter haben Baden zu dem weithin hochgehaltenen Staate des freisinnigen Bürgerthums gemacht.“ „Der Frieden zwischen Staat und Kirche ist wieder hergestellt.“ „Der edle Fürst Baden und seine freisinnige Regierung sind bemüht, alle diese Segnungen zum Wohle Aller zu erhalten und zu mehren“, deshalb wählt liberal! Hochgefühlcher darauf im badischen Volke. Herr Kiefer, Landgerichtsdirektor, sprach in einer Wählerversammlung in der Gambirnhalle, daß das allgemeine Wahlrecht nicht auf die Landtagswahlen angedehnt werden solle, denn sie, die Liberalen, haben genug an dem schändlichen Treiben und Wählern des Pöbels bei den Reichstagswahlen! — Ei, ei, Herr Kiefer, Sie ärgern sich wohl, daß die Bauern im badischen Unterland Sie bei den letzten Reichstagswahlen durchfallen ließen? Man solle ein Wahlrecht schaffen, fuhr der „liberale“ Herr fort, wo der Großgrundbesitzer und Fabrikant besser vertreten sei, z. B. wie die preussischen Landtagswahlen. Recht so, Herr Landgerichtsdirektor, das ist viel gemüthlicher als in Volksversammlungen den Arbeitern Rede und Antwort stehen zu müssen!

*) Der betr. Vikar ist ein großer starker Bengel und über alle Maßen lieberlich. Er schlägt auch die Bauern um die Ohren, wenn sie nicht zur Kirche kommen. Wir möchten gerne wissen, was das für eine „Strafanstalt“ in Holland sein mag. Vielleicht ein Nonnenkloster, wo er Angesichts des Himmels Entfugung finden soll?

Die schwarzen „Volksmänner“, die Ultramontanen, waren nicht so heikel, sondern versprochen das allgemeine Wahlrecht zum Landtag einzuführen, und die indirekten Steuern abzuschaffen. Das wirkte kolossal; gewählt wurden dann mit 1300 Stimmen 48 liberale und mit 2150 Stimmen 128 ultramontane Wahlmänner. Werden die Ultramontanen ihre Versprechen halten? Nein! Bereits haben die schwarzen Stadtveräter das Oktroi auf sämtliche Lebensmittel eingeführt, und ähnliche Verordnungen tauchen im Hintergrunde auf. Herr Röttinger, der hiesige Bürgermeister und Landtagskandidat, ist als ein roher Patron bekannt. Wenn ein Arbeiter seinen Meister wegen rückständigen Lohn oder wegen Mißhandlungen verklagt, so hält es Herr Röttinger für seine Aufgabe als Friedensrichter und gläubiger Christ, die Arbeiter in folgender Weise anzubrüllen: Halten Sie das Maul, sonst lasse ich Sie einsperren! Einem jungen Arbeiter, welcher seinen Lohn für vier Wochen nicht erhalten hatte und bei ihm sein Recht verlangte, erwiderte er: „Ihnen gehört der K... verschlagen!“ Ähnliche Fälle kommen so oft vor, daß viele Arbeiter sich fürchten, ihr Recht zu suchen. Das ist auch ein Beitrag zum „praktischen Christenthum“. Auch der Vertreter der Stadt Freiburg, Herr Wänker, ultramontan, hat im Reichstag seinerzeit für die 90 Millionen indirekten Steuern gestimmt. Seht, Ihr Arbeiter und kleinen Handwerker, das sind die Volksbedränger unter christlichem Deckmantel. Wollt Ihr Söhne der Heder, Strasse, und Nachkommen der Revolution von 1848/49 ruhig zusehen, wie man Euch in die Pfaffenkutte steckt? Wollt Ihr Euch in der Kaserne noch länger von einer Herde Faulenzler schinden lassen? Wollt Ihr Euch noch vollends von Haus und Hof vertreiben lassen? Ihr Landleute, seid Ihr noch nicht genug von Euerm christlichen und jüdischen Buharern ausgefogen? Wie zum Hohn auf Eure Armuth, werdet Ihr noch von Denjenigen beschimpft, welche Ihr erhalten müßt, von den Herren à la Kiefer, dem liberalen Beamtenhock, mit seinen Gehälfen. Wollt Ihr Euch das gefallen lassen? Nein und abermals nein! Zeigt, daß in Baden der freie Volksgesinnung noch nicht todt ist, sondern mit klarem Muth die Volksrechte hochhält. Organisiert Euch, tretet mit Genossen in Verbindung, kämpft gemeinsam mit der einzig wirklichen und fortgeschrittenen Demokratie, der Sozialdemokratie, welche in Deutschland durch ein schändliches Ausnahmegesetz unterdrückt wird.

Deiner Dränger Schaar erbläst,
Wenn Du, müde Deiner Last,
In die Erde senkst den Flug,
Wenn Du ruft: Es ist genug!
Die rothen Markgräffer.

Sprechsaal.

Railand, 9. September 1883.

Werthe Genossen!

Die Ausführungen des Genossen Costa in Nr. 37 in Antwort auf meine letzte Korrespondenz nötigen mich, etwas ausführlicher, als dies dort geschehen ist, auf die Frage der Taktik der italienischen Sozialisten zurückzukommen. Es thut mir leid, hierbei zunächst ein wenig die persönliche Seite der Frage berühren zu müssen; doch wie die Sache nach der Art und Weise, wie Costa sie in seinem Briefe behandelt hat, steht, bleibt mir kaum etwas Anderes übrig.

Costa versucht meine Kompetenz zu bestreiten, indem er darauf hinweist, daß ich kein Italiener sei. Wie? Ein Sozialist zieht die Nationalitätenfrage hervor? Aus dem einfachen Grunde, daß meine Wiege in Pommern und nicht in Italien gestanden, sollte ich unfähig sein, die Lage unserer Partei diesseits der Alpen beurtheilen zu können? Ja, wenn wenigstens anzunehmen wäre, daß Costa die Art und Dauer meiner Theilnahme am politischen Leben in Italien unbekannt sei! Aber auch diese Entschuldigung kann ich nicht gelten lassen.

Ganz unmöglich und auch überflüssig erscheint es mir ferner, auf alle persönlichen Ausfälle Costa's einzugehen, von denen sein hiesiger Brief überfüllt ist. Nur kurz will ich bemerken, daß es mir durchaus ferne lag, ihm Lehren ertheilen zu wollen, wie er dies behauptet. Meine Absicht ist einfach die, frei meine Meinung auszusprechen, einzig geleitet von dem Interesse für unsere Partei. Ich werde mich hierbei auch nicht durch die hochmüthige Art führen lassen, mit welcher mich Costa abzufertigen sucht. In der That, was bedeutet es, wenn Costa meinen persönlichen Werth oder Unwerth abmilt, meine Tendenzen „krankhafter“, meine Ueberzeugungen „schwach“ nennt, ohne sich im Uebrigen weiter mit Weisungen hiesig anzuhalten? Eine derartige persönliche Bekämpfung eines prinzipiellen Gegners sollte für Genosse Costa wahrlich als zu kleinlich gelten. Wenn ich meinerseits Costa kritisiert habe und noch ferner zu kritisiren gedenke, so geschieht dies einzig und allein, um die Bedeutung der von ihm und seinen Freunden betriebenen politischen Haltung in Bezug auf die Aufgaben unserer Partei zu beleuchten. Es ist hierbei durchaus nicht nöthig, ihm „schlechte Beweggründe“ zu unterstellen, wie er dies annimmt. Ich bin im Gegentheil durchaus der Ueberzeugung, daß Costa in gutem Glauben handelt. Es thut mir nur leid, dies nach dem, wie mich Costa kennt, noch ausdrücklich bezeugen zu müssen.

Costa und seine Freunde glauben ohne Zweifel dem Sozialismus durch ihren Bund mit den Republikanern große Dienste zu erweisen. Aber nicht alle Sozialisten in Italien sind dieser Meinung. Es sind auch nicht nur die Anarchisten par excellence, die hierin der Gruppe Costa gegenüberstehen, sondern (was Costa übrigens unmöglich unbekannt sein kann) auch ein namhafter Theil derjenigen Sozialisten, die bisher mit ihm einig gingen.

Um die Bedeutung des Vorgehens der Gruppe Costa für den Sozialismus richtig würdigen zu können, ist es jedoch notwendig, einen Blick auf die Lage der sozialistischen Partei in Italien überhaupt zu werfen. Die schwache Seite derselben ist die mangelnde Organisation. Eine eigentliche organisierte sozialistische Partei existirt überhaupt noch nicht. Alle Versuche, eine solche herzustellen, sind bisher noch immer mißlungen. Auch der kürzlich auf dem Kongress in Ravenna unternommene Versuch, die Sozialisten Mittelitaliens zu organisiren, ist allerdings zumeist Dank der politischen Einmischung, als nur sehr unvollkommen durchgeführt zu betrachten.

Der mangelnde Organisation der sozialistischen Partei in Italien liegen jedoch zumeist nur innere Ursachen zu Grunde. Einerseits steht ihr entgegen der, der langsamen und ähnen Ausbauer, wie sie die Arbeit in den Organisationen erfordert, widerstrebende Charakter der Italiener, andererseits aber die mangelhafte Ausbreitung des Sozialismus in der eigentlichen Arbeiterklasse. Die sozialistische Partei in Italien rekrutirt sich zum großen Theile aus, aus dem Mittelstande Auscheidenden, sog. spoziali, Unzufriedenen. Während nun diese Elemente in Deutschland bereits eine fertige sozialistische Arbeiterpartei vorfinden und deren Programm annehmen, in der Folge meistens auch der Partei durch ihre Intelligenz sehr nützlich werden, bilden diese selben Elemente in Italien aus Mangel einer sozialistischen Arbeiterpartei selber die Partei, reden und handeln im Namen der Arbeiterklasse und bilden sich ein, das eigentlich arbeitende Volk zu vertreten. Daher rühren auch die vielen Mängel der italienischen sozialistischen Partei, ihre langsame Ausbreitung, die mangelnde Organisation; daher die nicht enden wollenden gelehrten und ungelehrten Zankereien über Anarchismus, Kollektivismus, Kommunismus, Kommunalismus u. s. w., die persönlichen Angriffe und Schmähungen auf alle diejenigen, die nicht zur betreffenden Sektionsfrage schweigen, und das ganze überaus traurige Bild einer ungelügigen, zerfahrenen und unorganisirten Masse, die sich Partei nennt.

Unsere besondere Aufmerksamkeit erfordert noch die Lage der sozialistischen Partei in Bezug auf ihr Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien. Von denjenigen der sozialistischen Partei Deutschlands unterscheidet sich dieselbe ganz besonders durch das Vorhandensein starker republikanischer Parteien, welche in Deutschland gänzlich fehlen. Die sozialistische Partei Italiens hat es deshalb auch weit mehr als die Deutschlands notwendig, ihr wirtschaftliches Programm zu betonen, will sie anders nicht mit den Republikanern verwechselt werden. Als Pflege der Arbeiter-Organisationen, deren Ausbreitung und allmähliche Umwandlung in sozialistische Vereinigungen d. h. möglichst angeordnete Organisation des feiner Klassenlage sich bewußten arbeitenden Volkes und ein ausschließliches wirtschaftliches Programm. Das ist die Taktik, welche die Sozialisten in Italien einzuschlagen haben, wollen sie ihrer Partei zum Siege verhelfen.

Aus allem diesem resultirt nun leicht, weshalb viele Sozialisten die Haltung der Gruppe Costa verurtheilen. Costa hat sich zur Erreichung illusorischer politischer Fortschritte mit bürgerlichen Parteien verbunden und dadurch bewiesen, daß ihm die zunächst liegende Aufgabe des Sozialismus, d. h. die Befreiung der Gesellschaft vom Joch der Kapitalherrschaft durch Niederwerfung aller bürgerlichen Parteien, unverständlich geblieben ist. Er begreift nicht die Nothwendigkeit einer einzigen Zusammenfassung der arbeitenden Klassen (deren Rang die Hauptursache der ähnen Lage des Sozialismus in Italien ist) auf Grund besonderer, von denen der Bourgeoisie scharf sich trennender Interessen. Im Gegentheil, in einer Zeit, wo eine starke Organisation aller sozialistischen Elemente das Ziel der Thätigkeit eines bedeutenden Theils der italienischen Sozialisten bildet, hat Costa die Bewirkung einer solchen Idee auf's Neue hinausgeschoben (natürlich wider seine Absicht) durch seine Abweichung von dem für eine solche Organisation allein möglichen Programm.

In diesem Sinne sprach ich in meiner letzten Korrespondenz, in Bezug auf das neueste Vorgehen von Costa, von einer „Aufgabe der Prinzipien“, und in diesem Sinne bin ich auch heute noch der Ueberzeugung, ich wiederhole es, daß Costa und seine Freunde den Standpunkt von sich ihrer Ziele klar bewußten Sozialisten verlassen haben.

Um diesen Brief nicht noch mehr als schon geschehen auszudehnen, übergehe ich verschiedene Ausführungen Costa's. Nur in Bezug auf die Unabhängigkeits-Erklärung der Sozialisten am Kongresse zu Bologna will ich bemerken, daß ich dieselbe nur für das Feigenblättchen betrachte, mit dem verschämte Sünder geschehene Thatsachen zu verdecken suchen.

Emil Kerba.

Aufforderung.

Schriftfeger Huber, welcher vorigen Herbst aus Leipzig ausgewiesen wurde, wird gebeten, dem unterzeichneten seine gegenwärtige Adresse einzufenden.

Borsdorf-Leipzig.

A. Bebel.

Genosse Wiegel, Zinngießer,

welcher dieses Frühjahr von hier abgereist ist, wird hiemit gebeten, seine Adresse an den Unterzeichneten einzufenden.

Kilbert Vogel, Postage Rochefort 8, Paris.

Warnung.

Die Parteigenossen von Leipzig und Umgebung werden wiederholt vor dem Polizeispion Nebel gewarnt. Nebel steht, wie von verschiedenen Seiten bestätigt wird, fortgesetzt in intimem Verkehr mit Döbber und anderen Geheimpolitikern und hat nentlich auch das Sommerfest der Polizei besucht.

Daß Nebel bis gegen Ende vorigen Jahres verbotene Schriften transportirte, geschah mit Wissen der Polizei, welche ihm dies gestattet, damit er um so besser sich in das Vertrauen der Genossen einschmeicheln konnte. Man gebe dem Kerf gelegentlich einen gehörigen Denkzettel.

**

Die Genossen werden dringend vor dem Schneider Reichelt aus Hannover gewarnt, der sich vor Kurzem auf eine „Lampreise“ begeben hat und zunächst die Vitzthumer Genossen heimgesucht hat. Derselbe ist 43 Jahre alt, mittelgroß, ziemlich portulant und trägt einen Kinnbart.

Aufgepaßt!

In der „Blacöleder-Fabrik Mühlburg in Baden“ vormals R. Eschbacher, ist Arbeitssperre ausgebrochen. Wir eruchen unsere Kollegen, allen Zugang streng fernzuhalten, sowie vor den präsidentlichen Versprechungen zu warnen, welche von der Direktion in auswärtigen Blättern gemacht werden.

Unterstützungsgelder sind zu senden an

Wilhelm Cossel, Weisgerber in Mühlburg in Baden.

Näherer Bericht folgt.

Briefkasten.

der Redaktion: Rother Teufel, Südthür 10: In nächster Nr. — Ferdinand: Briefe erhalten, ausführliche Antwort erfolgt baldigst direkt.

der Expedition: Ferd.: Bf. vom 21/9. hier. Weiteres pr. Ende Oktober angeneh. Kam. sobald Bdg. da. — W. u. R. B.: Fr. 5,40 Ab. 4. Du. dir. erh. — Ch. Hüblich, St. Paul: Fr. 25,30 (Doll 5,—) vom „rothen Staffeln“ pr. Uds. dds. erh. Spezialatg. folgt. später. Alles die Größe! — Pf. H. W. H.: Fr. — 60 f. Schft. erh. — J. S. H.: Fr. — 4,20 Ab. 4. Du. für 1 dir. erh. Stimmt. — Nordlicht: Nr. 50,— à Cto. pr. 3. u. 4. Du. u. Schft. gutgeh. Mehrbdlg. sc. notirt. — J. B. Riege: Fr. 25,— pr. Ab. August u. Sept., sowie für Schft. erh. Et. Anstg. schlen 90 Cst. Bf. hier. — W. P. Rddg.: Nr. 25,30 Ab. 4. Du. durch Br. erh. Adr. notirt. — E. Dtr. W.: Dost. 5,50 f. Schft. erh. Bdg. abgg. — P. R. Ka.: Fr. 1,— f. Schft. erh. — J. B. Carlsmth. Nr. 4,— pr. Cto. Abh. dds. verrecknet. — v. Mühlburg: Nr. 6,— Ertrag einer Buchsteigerung p. Uds. dds. erhalten. — h.: Anstg. v. 12/9. vorgemerkt. Bestellung fort. — J. B. Vafel: Fr. — 45 f. Schft. erh. — Roland: Nr. 50,— à Cto. erh. Weiteres angeneh. Adr. notirt. — Ruprecht: Nr. 27,— à Cto. Ab. 3. Du. erh. — Einbnd der Seefahrer: Nr. 50,— à Cto. Ab. 3. Du. gutgeh. Weiteres notirt. Bf. mehr. — J. B. Wien: Fr. 2,74 f. Schft. erh. Bdg. fort. — Der schwarze Rother: Bf. v. 20/9. erh. Alles beachtet. — R. Nagel in Mühlwats: An und sind keine Gebühren gekommen. Aufforderung direkt nach Bl. besorgt. — A. Höhne R.-H.: Fr. 202,75 à Cto. erh. — Ch. B. F. Jole Adam: Fr. 2,20 pr. R. B. anbezahlt und Fr. 2,50 Ab. Sept., Okt., Nov. erh. — Blanc: Radr. v. 23/9. und Bf. erh. — Vg. pr. 1. Okt. gesperrt. — Otto Borm. Jammertal: Nr. 10/9. notirt. Bf. Weiteres. — Johannes B.: Nr. 9,— Ab. 3. u. 4. Du. erhalten. Nr. 2,— pr. Uds. dds. verem. — Onkel: Fr. — 40 f. Schft. erh. — S. St. D.-W.: Fr. 9,— f. Schft. erh. — J. R. Hum: Nr. 7,50 Ab. 3. Du. erh. Nicht nachlesen. Der Tropfen köhlt den Stein. W. o. f. und H. f. a. m. a. n. wurden übrigens nicht ausgewiesen, sondern haben sich gedrückt, letzterer, nachdem er an der Partei zum Verräther geworden. Ihre Gegenspieler sind nette Kenner, wie Sie sehen. — Chr. Bb. J. H.: Bf. enthielt nur Nr. 1,60 f. R. in Marken. Weiteres notirt. — Ed. St. Agn.: Nr. 4,30 Ab. 3. Du. erh. — Der Alte vom Berge: Fr. — 65 f. Schft. erh. — G. R. Paris: Fr. 1,— f. Schft. erh. — Zinnobder Jf.: Fr. 5,— f. Schft. erhalten. Gewünscht folgt. — Rother Greif: Nr. 20,— à Cto. erh. Adr. notirt. — Fr. Stb. Rya.: Bf. und Bortage erh. Bescheld demnachst. — Rosa Bek: Nr. 106,25 Ab. 2. u. 3. Du. erh. Adr. x. notirt. — Speyer: Nr. 6,— pr. Uds. dds. erh. desgl. Nr. 3,— von Frankfurt a. Nr. 4,75 v. Freisenheim. — G. v. P. i. S.: Nr. 15,55 Ab. 3. Du. u. Schft. erh. Mehrbdlg. notirt. Weiteres folgt mit. — Es leben die Rothen: Nr. 8,70 Ab. 4. Du. 2 Expl. dir. erh. — Hng. St. Louis: Fr. 101,25 à Cto. erh. — Newyork und Brooklyn: Zur einjährigen Pamp. Jubelfeier am 30. September 1883: Peter Knauer heißt der Eine, wie der Andre Emil Klässig, Kommt der Eine nie in's Reine, pumpt der Andre unabsichtlich. Denn nach Beiden korruptirt stets präzisest Zahlung-Stellen, Und „zur That“ nur instammiert „für die Freiheit“ — Feindenprellen. Da gut Ding braucht lange Weite, haben Beide unterdessen Seit 2 Jahren in der Eile mit dem Geld die „That“ ver-gessen!

Zürich, Samstag, den 27. Septbr. Abends 8 Uhr, im „Café Kessler, Stillen Hofstall“

Geschlossene
Versammlung der deutschen Sozialisten.
Der Lokalausschuss
der deutschen Sozialisten.